

Robert Feiger

**Bundsvorsitzender
der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt**

anlässlich

1. Mai 2019

in Essen / Burgplatz

Achtung Sperrfrist: 01.05.2019 / 13:00 Uhr

*Änderungen vorbehalten.
Es gilt das gesprochene Wort!*

Es tut gut, Euch heute hier zu sehen. Ihr seid Viele und das ist gut und nötig, damit klar ist: Der 1. Mai gehört uns, den Arbeitern und den Gewerkschaften, und nicht den Rechten!

Noch nie hatten diese Rechte so viel Aufmerksamkeit wie heute. Sie hetzen Menschen gegen Menschen auf. Fakten werden dafür verdreht. Negative Einzelbeispiele ganzen Bevölkerungsgruppen in die Schuhe geschoben, obwohl sie damit nichts zu tun haben. Und wenn man die den Rechten widerlegt, machen sie einfach so weiter.

Ihre Botschaft ist:

Welche Religion jemand hat, woher die Vorfahren oder man selbst kommt, nur das ist wichtig. Der Einzelne zählt nichts! Und wer nicht in ihr Schema passt, soll gefälligst verschwinden. Das ist aber nicht nur eine von vielen Meinungen, sondern das Spiel mit dem Feuer. Wer Menschen erst einmal als Gruppe abstempelt, kann sie leichter ausgrenzen. Und aus Worten werden dann Übergriffe oder noch Schlimmeres. Dafür gibt es viel zu viele Beispiele in der Geschichte, auch gerade der deutschen Geschichte.

Das muss jeder und jedem klar sein, der ihre Parolen und Sprüche toleriert oder gar übernimmt. Und deshalb sage ich heute einmal mehr, aber überzeugter denn je: Wehret den Anfängen!

Neuerdings spielen sich ja einige Rechtsaußen als Arbeiterfreunde auf und reden von alternativen Gewerkschaften und Solidarität. In Wirklichkeit stehen sie aber für das Gegenteil: Sie spalten die Beschäftigten nach Religion und Migrationshintergrund und spielen so nur den Arbeitgeberinteressen in die Hände.

Denn wer sich wegen so etwas spalten lässt, kann sich nicht mehr gemeinsam wehren, wenn es im Betrieb für alle um die Wurst geht. Echte Gewerkschaften erkennt man daran, dass sie auf die Solidarität aller Beschäftigten miteinander statt auf Spaltung und Ausgrenzung setzen. Dafür stehen wir und das ist echte Solidarität.

Gerade in der Gebäudereinigung wird das jeden Tag deutlich. Die Beschäftigten im Gebäudereiniger-Handwerk halten zusammen und kämpfen weiter für einen besseren Rahmentarifvertrag und für ein Weihnachtsgeld! Denn ganz unabhängig von ihrem Hintergrund oder Religion wissen sie: entweder bekommen alle gemeinsam etwas – oder niemand. So geht Solidarität! Und die wird gebraucht. Denn schon seit einem Jahr weigern sich die Arbeitgeber, mit uns über einen Tarifvertrag Weihnachtsgeld zu verhandeln. Das sorgt bei den Beschäftigten für Unverständnis und Wut! Die bekamen die Arbeitgeber Ende letzten Jahres deutlich zu spüren. Mit bundesweiten Warnstreiks machten Reinigungskräfte deutlich: Wir wollen ein Weihnachtsgeld! Reinigungskräfte wollen nicht länger als Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt werden. Weihnachtsgeld für sie wäre ein Ausdruck von Respekt und Wertschätzung, Themen, die die Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger seit Jahren umtreiben! Auch beim Rahmentarifvertrag haben die Arbeitgeber selbst nach vier Tarifverhandlungen immer noch keine Verbesserungen für die Beschäftigten zugesagt. Dabei muss der Rahmentarifvertrag dringend an die Realität angepasst werden.

Zwei Beispiele:

Im bisherigen Tarifvertrag steigen die Urlaubstage nur nach Betriebszugehörigkeit. Wenn der Reinigungsvertrag vom Kunden gekündigt wird und die Beschäftigten bei der neuen Firma anfangen, haben sie wieder weniger Urlaub. Das passiert häufig, und das ist einfach unfair, denn die

Beschäftigten haben gar keinen Einfluss auf die Verträge mit den Kunden!
Wir sagen: Branchentreue muss sich endlich lohnen. Deshalb: einmal 30
Tage Urlaub – immer 30 Tage Urlaub!

Zum zweiten müssen Qualifikation oder auch Berufserfahrung bei der
Eingruppierung endlich mehr Bedeutung erhalten! Wer eine Ausbildung im
Gebäudereiniger-Handwerk hat oder Tätigkeiten ausübt, die mehr Wissen
erfordern, muss auch Anspruch auf mehr Lohn haben. Und Berufserfahrung
in der Branche muss sich lohnen. Deshalb fordern wir die Möglichkeit auf
Höhergruppierung für langjährige Reinigungskräfte mit Berufserfahrung.
Das gibt es so längst in vielen anderen Branchen, aber der
Bundesinnungsverband lehnt das einfach ab.

Stattdessen haben die Arbeitgeber letzte Woche selbst den
Rahmentarifvertrag zum 31. Juli gekündigt. Sie wollen den
Teilzeitbeschäftigten das Recht auf Überstundenzuschläge gleich wieder
wegnehmen, die ihnen das Bundesarbeitsgericht gerade erst zugesprochen
hat! Und wer weiß, was sie sonst noch alles verschlechtern wollen! Das
haben die hart arbeitenden Reinigungskräfte nicht verdient!

Wir lassen uns durch das aggressive Vorgehen der Arbeitgeber nicht beirren
und streiten weiter fürs Weihnachtsgeld und einen besseren Rahmentarif!
Und natürlich lassen wir uns nichts wieder wegnehmen, was uns längst
zusteht! Wir werden deshalb in den nächsten Wochen und Monaten
entschlossen und gemeinsam kämpfen!

Und dafür brauchen wir jetzt schon Eure Solidarität: ob nun als Kunden, als
Betriebsräte oder Personalräte in Objekten und Betrieben oder auch als
örtliche Politiker, weil die öffentliche Hand ein wichtiger Auftraggeber ist! Ihr

alle könnt uns helfen! Macht bitte deutlich, dass Ihr die Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger vor Ort unterstützt! Eure Solidarität macht sie stark! Sauberkeit hat ihren Preis. Kämpft gemeinsam mit uns für gute Tarifverträge!

„Europa – Jetzt aber richtig!“ ist ja unser Motto heute. Am 26. Mai 2019 finden die Europawahlen statt. Wir wollen ein vereintes und solidarisches Europa. Wir wollen kein Europa, das sich in einzelne Nationalstaaten auflöst. Wir wollen nicht noch mehr BREXIT-Unsinn! Denn die Überwindung des Nationalismus in einem einigen Europa hat uns jahrzehntelang den Frieden gesichert!

Deshalb sagen wir auch bei der Europawahl ganz klar nein zu Nationalismus und rechten Parteien!

Aber wir wollen und müssen Europa verändern. Es muss Schluss damit sein, dass sich diejenigen Unternehmen durchsetzen, die die niedrigsten Löhne zahlen oder bei Sozialversicherungsabgaben betrügen.

Alle Beschäftigten – egal woher sie kommen – müssen endlich nach Tarifvertrag bezahlt und ordentlich sozialversichert werden. Und natürlich müssen soziale Grundrechte wie das Streikrecht umfassend geschützt werden.

Europa muss auch viel mehr in Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz investieren. Das sichert und schafft Arbeitsplätze! Europa – das funktioniert auf Dauer nicht als eine Einbahnstraße. Egal, was uns manche Medien und Politiker erzählen: für uns alle wäre es besser und letztlich preiswerter, wenn es in Krisenzeiten solidarische Ausgleichsmechanismen in Europa gibt. Denn harte Sparaufgaben in Krisenzeiten verschlimmern und verlängern

Krisen und sie spalten Europa. Soziales Europa heißt: die Digitalkonzerne und Finanzgeschäfte endlich zu besteuern, statt in Krisenzeiten Renten zu kürzen und die Tarifautonomie einzuschränken! Damit Europa eine Zukunft hat, brauchen wir ein sozialeres Europa!

Deshalb: Geht am 26. Mai wählen und wählt vor allem die Richtigen!

Nämlich die, die gemeinsam mit uns für ein friedliches, vereintes und soziales Europa streiten! Einsatz für ein soziales Europa heißt aber auch, gute Vorlagen aus Brüssel hier in Deutschland konsequent umzusetzen. Brüssel hat gute Regelungen zum Schutz der Leiharbeiter verabschiedet. Auf dem Papier ist das hier teilweise umgesetzt worden. In der Praxis aber hat sich nichts geändert. Denn hier werden Leiharbeitsfirmen im Schnitt nur alle 10 Jahre kontrolliert. Und zwar angekündigt. Kontrolliert wird dann nur die Papierform, nicht aber die wirkliche Situation der Leihkräfte. So laufen auch noch die besten europäischen Vorschriften ins Leere! Das muss sich dringend ändern!

Das Gleiche gilt für die öffentliche Vergabe. Das Europarecht ist längst besser als unser Recht hier. Die Vergabe zum billigsten Preis will Europa nur noch als Ausnahme zulassen, nicht mehr als Regel. Denn der billigste Preis fördert vor allem schlechte Qualität, Dumping und Schwarzarbeit.

Hier aber halten viele öffentliche Auftraggeber kurzfristig weiter am billigsten Preis als Regel fest und versuchen auch noch, Europa dafür die Schuld in die Schuhe zu schieben! Das ist schäbig und außerdem dumm, weil es die Europafeinde stärkt. Aber hier spielt die Musik und deshalb fordern wir Schluss mit den Ausreden!

Tariftreue jetzt für den Bund, in allen Bundesländern und allen Kommunen!

Erst vor kurzem haben wir in Brüssel auch erreicht, dass der Lohnbetrug durch Entsendefirmen endlich gestoppt werden könnte. Das Europäische Parlament hat unsere jahrzehntelange Forderung nach „Gleichem Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort“ bei Arbeitseinsatz im Ausland in die Entsenderichtlinie aufgenommen. Das Dumping auf den Schlachthöfen, am Bau und bei den Paketdiensten könnte jetzt besser bekämpft und der Lohnbetrug gestoppt werden. Das muss in Deutschland nun bis nächstes Jahr umgesetzt werden. Der Bundesregierung rufe ich deshalb zu: macht diesmal was draus, verschenkt diese Möglichkeit nicht wieder!

Um Rechtspopulisten zurück zu drängen, brauchen wir von den demokratischen Parteien auch hier in Deutschland echte Lösungen für die echten Probleme: die Wohnungsnot, den Verfall der öffentlichen Infrastruktur, die Armutsrenten, die Ungerechtigkeiten des Hartz-Systems und die immer ungleicheren Bildungschancen!

Sie sind die Folge von Jahrzehnten neoliberaler Politik! Sie müssen angegangen werden, damit die rechten Scheinlösungen von den Wählern wieder durchschaut werden. Das haben Einige in der Großen Koalition aber immer noch nicht ganz begriffen. CDU/CSU und SPD streiten beispielsweise gerade über die Grundrente.

Für uns ist das keine Frage. Wir unterstützen das Konzept von Bundesarbeitsminister Heil als Schritt in die richtige Richtung. Er hat damit eine langjährige Forderung der Gewerkschaften aufgegriffen. Es ist doch ein Skandal, wenn jemand 35 Versicherungsjahre hat und dann für das Überleben immer noch die Tafeln braucht! Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen für ihre Lebensleistung eine armutsfeste Rente,

einen Lebensabend in Würde. Eigentlicher Streitpunkt ist jetzt, ob Grundrente mit oder ohne Bedürftigkeitsprüfung. Und was ist das Hauptargument der Union für eine Bedürftigkeitsprüfung? Das inzwischen schon berühmte Beispiel der Arztgattin. Das ist doch lächerlich! Nur um das mal klarzustellen: von der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung würden zu 75 Prozent Frauen profitieren, die durch Erziehungs- und Pflegezeiten keinen Vollzeitjob annehmen konnten. Und einige Millionen Beschäftigte im Niedriglohnbereich ebenso. Und die Union kommt uns mit Beispielen aus dem Promillebereich. Es geht bei der Grundrente aber nicht um ein Almosen, sondern um eine Versicherungsleistung. Also darum, ob ich nach 35 Versicherungsjahren von der Rentenversicherung eine ausreichende eigene Rente bekomme, egal, ob und mit wem ich verheiratet bin.

Denn wenn bei der Versicherungsleistung Rente erst einmal das Bedürftigkeitsprinzip eingeführt würde, kommt morgen noch jemand auf die Idee, Riester, Betriebsrenten oder Wohneigentum auf die gesetzliche Rente anzurechnen. Auch deshalb lehnen wir die Bedürftigkeitsprüfung ab!

Ebenso deutlich möchte ich machen: eine Verlängerung des Renteneintrittsalters machen wir nicht mit! Hart arbeitende Menschen sterben immer noch einige Jahre früher als die meisten Wirtschaftsprofessoren mit Zweitjob bei den Privatversicherern oder als neoliberale Wirtschaftsjournalisten. Das liegt vor allem an ihrer harten Arbeit. Punkt!

Rente mit 70 – das wäre für viele Beschäftigte nichts als dreister Rentendiebstahl und kalte Enteignung! Dagegen werden wir uns wehren! Streit herrscht zwischen den Koalitionspartnern auch wegen Hartz IV. Hartz bedeutet für Millionen nichts anderes als ein Leben ohne Perspektive mit permanenter Drangsalierung. Ein Leben, das sie in aller Regel nicht

freiwillig gewählt haben. Sie haben sich es doch nicht ausgesucht, dass sie in einer strukturschwachen Region leben, dass der Betrieb schließt oder ihre Qualifikation plötzlich nicht mehr zählt. Das kann fast alle treffen! Und dann will man nicht abgeschrieben oder als potenzieller Sozialbetrüger behandelt werden, sondern fair!

Deshalb kämpfen wir eine gefühlte Ewigkeit dafür, dass sich etwas ändert. Und deshalb ist es gut, dass die Sozialdemokratie endlich aus den Fehlern von Schröder gelernt hat und eine grundlegende Kurskorrektur einleiten will. Die Vorschläge dazu greifen viele unserer Forderungen endlich auf.

Das gilt insbesondere für die längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I. Auch ein Recht auf Weiterbildung und eine bessere Absicherung von Kindern finden wir richtig gut. Aber es sollte schon noch einiges mehr gehen. Wir brauchen beispielsweise immer noch vernünftige Ausstiegslösungen für Ältere, die zum Weiterarbeiten in Vollzeit längst viel zu krank, aber für die Erwerbsminderungsrente noch „zu gesund“ sind.

Ein weiteres riesiges Problem ist mittlerweile der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und Sozialwohnungen in vielen Städten. Diese Wohnungsnot hat sich über mehr als drei Jahrzehnte aufgebaut, denn der gemeinnützige und soziale Wohnungsbau wurde absichtlich geschwächt, bis es ihn kaum noch gab. Wohnen sollte zum Geschäft werden, der Markt mal wieder alles regeln. Das Geld des Bundes für den Sozialen Wohnungsbau wurde von den Ländern zweckentfremdet. Millionen öffentliche Wohnungen wurden an Finanzinvestoren verschleudert und das öffentliche Bauland zum Höchstpreis verkauft, um die „schwarze Null“ zu erreichen. Das sind die wahren Ursachen der Wohnungsnot. Jetzt werden zwar wieder Sozialwohnungen gebaut.

Aber immer noch fallen mehr alte Sozialwohnungen aus der Preisbindung als neue gebaut werden!

Und die Politik reagiert immer noch viel zu zögerlich. Der Bund gibt dieses Jahr zwar noch einmal anderthalb Milliarden für den sozialen Wohnungsbau der Länder. Aber schon 2020 und 2021 will er nur noch je eine Milliarde Euro dafür bereitstellen. Und danach? Keiner weiß es! Das reicht hinten und vorne nicht. Mindestens die aktuellen 1,5 Milliarden Euro pro Jahr müssen auf Dauer fortgeschrieben werden. Und von den Ländern muss der gleiche Betrag dazukommen. Wir brauchen außerdem 60.000 neue bezahlbare Wohnungen jährlich für diejenigen, die für Sozialwohnungen etwas zu viel und für frei finanzierte Wohnungen viel zu wenig verdienen. Und vergünstigtes Bauland für bezahlbaren Wohnraum statt Baulandverkauf zum Höchstpreis!

Wir brauchen endlich eine verschärfte Mietpreisbremse, die diesen Namen wirklich verdient! Und eine neue Gemeinnützigkeit beim Thema Wohnen! Die Spekulation mit einem elementaren Grundbedürfnis muss endlich gestoppt werden! Denn sonst nimmt die soziale und gesellschaftliche Spaltung von Arm und Reich in den Städten immer weiter zu.

Unsere DGB-Aktionswoche Ende März war deshalb nur ein Anfang – wir machen weiter!

Eines möchte ich hier noch loswerden: Ich finde es toll, dass sich die jüngste Generation jetzt jeden Freitag zum Klimaschutz zu Wort meldet! Sie haben alles Recht dazu, denn sie werden die Folgen des Klimawandels letztlich tragen müssen.

Ich komme zum Schluss: Wir lassen uns nicht spalten! Nur gemeinsam sind wir stark! In diesem Sinne wünsche ich uns weiterhin eine schöne Maifeier – Glück auf!